



Magistrat der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe
Fachbereich Stadtplanung

Bekanntmachung

der Satzung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 137 „Hessenring, Marienbader Platz, Frölingstraße, Im Hasensprung“

Aufgrund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der aktuellen Fassung hat die Stadtverordneten-versammlung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe in ihrer Sitzung am 13.12.2018 nachstehende Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Bad Homburg, Flur 19, 20 und 34.

Die Flächen werden wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch die südliche Grenze der Verkehrsfläche Hessenring
- Im Osten durch die westliche Grenze der Verkehrsfläche Marienbader Platz, ausgenommen Flurstück Nr. 170/2, Flur 34
- Im Süden durch die nördliche Grenze der Verkehrsfläche Frölingstraße
- Im Westen durch die östliche Grenze der Verkehrsfläche Im Hasensprung

§ 2

(1) Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

- a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
- b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

(2) Wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 3

Rechtswirkung der Veränderungssperre

Die Veränderungssperre tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Es wird in diesem Zusammenhang auf folgendes hingewiesen:

Dauert die Veränderungssperre länger als 4 Jahre über den Zeitraum ihres Beginns oder der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 Abs. 1 BauGB hinaus, so ist den Betroffenen für dadurch entstandene Vermögensnachteile eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten (§ 18 Abs. 1, Satz 1 BauGB).

Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in § 18 Abs. 1 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich beim Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe beantragt.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 17.12.2018

Oberbürgermeister Alexander W. Hetjes
Der Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe